

Antrag

SPD-Fraktion
im Rat der Stadt Münster



20.04.2010

Resolution

Münster unterstützt die Kampagne „Steuer gegen Armut“

Der Rat der Stadt Münster möge beschließen:

1. Der Rat der Stadt Münster unterstützt die Forderung vieler politischer, kirchlicher und gesellschaftlicher Organisationen (Kampagne „Steuer gegen Armut“) nach Einführung einer möglichst globalen Steuer auf Finanztransaktionen in Höhe von 0,05%.
2. Der Rat fordert den Deutschen Bundestag und die Bundesregierung auf, sich dafür einzusetzen, die Steuer auf nationaler und internationaler Ebene zu verwirklichen.

Begründung:

1. Notwendigkeit

Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat die Stadt Münster hart getroffen. Im städtischen Haushalt sind die Gewerbesteureinnahmen und Einnahmen aus den Umlagen der übrigen (Bundes-)Steuern eingebrochen. Auch dadurch befindet sich die Stadt am Rande der Haushaltssicherung. Gleichzeitig werden die Steuern auf Bundesebene immer weiter gesenkt und die Kommunen so an den Rand der Handlungsunfähigkeit getrieben. Münster braucht wie alle Kommunen endlich eine solide Finanzausstattung. Neben einer Neuordnung des vertikalen Finanzausgleichs zwischen Bund, Ländern und Gemeinden wird eine Steuer auf Finanztransaktionen helfen, staatliche Investitionen in Bildung, Forschung und Infrastruktur zu finanzieren.

Der Finanzmarkt ist zudem immer noch nicht stabil, weitere Spekulationsblasen werden prognostiziert. Dies gefährdet Arbeitsplätze und die Handlungsfähigkeit des Staates und der Kommunen. Eine Steuer, die langfristige Investitionen belohnt, hoch spekulative, kurzzeitige Investitionen aber erschwert, ist das richtige Mittel zum Schutz der Wirtschaft, des Staates und der Kommunen.

2. Eine faire Steuer

In den vergangenen 15 Jahren ist die Anzahl der Finanztransaktionen um 450 Prozent angewachsen. Heute, auch nach der Krise, ist das globale Finanzsystem 70-mal größer als die Realwirtschaft. Selbstverständlich wird eine gesunde Finanzwirtschaft für eine funktionierende Volkswirtschaft gebraucht, allerdings müssen auch die Beteiligten an den Finanzmärkten angemessen zur Finanzierung des Gemeinwesens beitragen.

Eine Finanztransaktionssteuer würde dazu beitragen, die Anzahl der Finanzaktivitäten, insbesondere die besonders schädlichen Spekulationen, zu begrenzen. Die Finanztransaktionssteuer wäre umfassender als die sogenannte „Tobin Tax“, die sich nur auf Währungsgeschäfte bezieht.

Sie wäre auch wirksamer als die von der Bundesregierung geplante „Bankenabgabe“, die auch Banken (wie Sparkassen und Genossenschaftsbanken), die sich nicht an den Spekulationen beteiligt haben, zur Kasse bittet und darüber hinaus durch das geringe Aufkommen von geplanten eine Milliarde Euro weder weitere Spekulationen erschwert, noch nachhaltig die Folgen der Krise finanzieren kann. Zudem bezahlen letztlich alle Kundinnen und Kunden der Banken die Bankenabgabe und finanzieren damit ein zweites Mal die Krisenfolgen selbst. Auch die Stadt wird aufgrund geringerer Ausschüttungen der Sparkasse die Krise doppelt bezahlen.

Die Finanztransaktionssteuer schafft dagegen echten Spielraum in den öffentlichen Haushalten – und auch für die dringend benötigten Rettungsschirme für Kommunen.

3. Die Einnahmen der Steuer

Eine globale Finanztransaktionssteuer in Höhe von 0,05 Prozent könnte jährlich globale Einnahmen in Höhe von ein Prozent des nominalen Welteinkommens generieren. Das wären weltweit rund 500 Milliarden Euro. 200 Milliarden Euro könnten allein in der Europäischen Union eingenommen werden. Diese Einnahmen können für nachhaltige Investitionen in die Armutsbekämpfung, den Kampf gegen den Klimawandel und in den Bildungsbereich verwandt werden. Dadurch würde auch die weltweite Solidarität gestärkt werden.

Wolfgang Heuer
Thorsten Kornblum
Dr. Fritz Baur
Thomas Fastermann
Philipp Gabriel
Beanka Ganser
Anne Hakenes

Dr. Michael Jung
Marianne Koch
Gaby Kubig-Steltig
Thomas Marquardt
Robert von Olberg
Kurt Pölling
Karsten Rahn

Anne Schulze Wintzler
Petra Seyfferth
Aliye Stracke-Gönül
Beate Vilhjalmsson
Holger Wigger
Karl-Heinz Winter